

KW 29.11.12

Windkraft wird teurer

Bürger müssen für Anschlussprobleme in der Nordsee höhere Lasten tragen als bekannt

BERLIN. Die Verbraucher müssen sich beim Strompreis auf Zusatzkosten durch fehlende Netze für Windparks einstellen. Union und FDP wollen noch in dieser Woche im Bundestag beschließen, dass die Bürger höhere Lasten als bisher bekannt für Anschlussprobleme in der Nordsee tragen sollen.

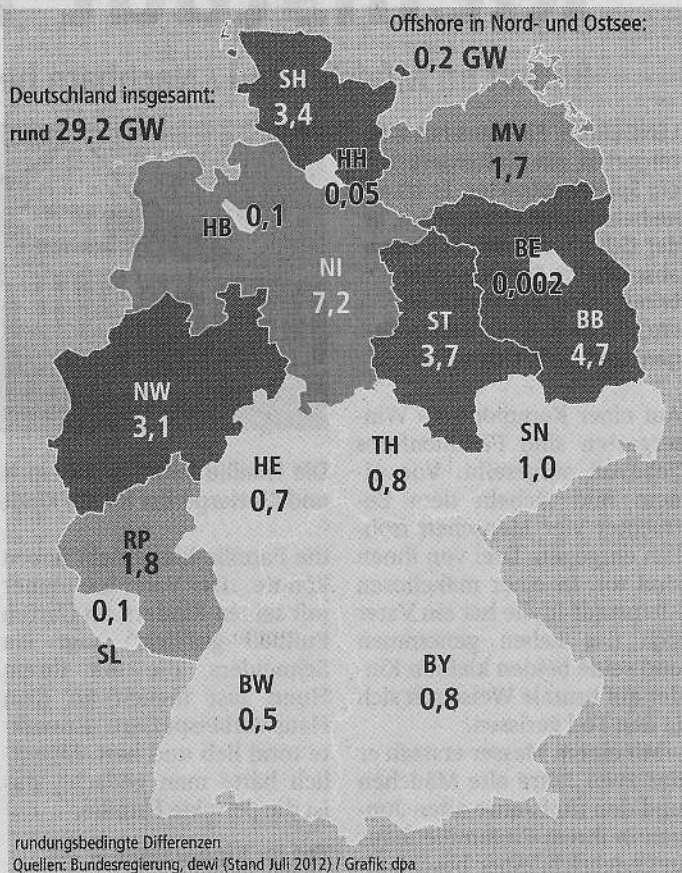
Die Entschädigungszahlungen der Netzbetreiber sollen auf 110 Millionen Euro jährlich gedeckelt werden – der Rest wird auf die Strompreise abgewälzt. Das geht aus einem überarbeiteten Gesetzentwurf vor, der der Deutschen-Presse-Agentur vorliegt. Bisher war nur eine Begrenzung auf 100 Millionen Euro pro Schaden geplant.

Für die Bürger werden durch die Offshore-Haftungsumlage allein für 2013 Belastungen von rund einer Milliarde Euro erwartet. Schon ohne diese Kosten werden die Strompreise 2013 im Schnitt um zwölf Prozent steigen. Zusätzliche, wenn auch weit geringere Kosten entstehen durch eine Verdreifachung der Zwangsabschaltung von Windparks an Land.

Die Entschädigungen für diese gerade bei Starkwind verfügbaren Maßnahmen dürften sich für 2011 auf 18 bis 35 Millionen Euro belaufen. Das Unternehmen Ecofys hat für den Bundesverband Windenergie ermittelt, dass der Rekordwert von bis zu 407 Gigawattstunden (GWh)

Windenergie in Deutschland

Installierte Windenergieleistung in Gigawatt (GW)



Windstrom verloren ging, 2010 waren es 150 GWh. Zu ähnlichen Zahlen kommt auch die Bundesnetzagentur.

Da die Betreiber für solche Drosselungen entschädigt werden müssen und dies auf die Strompreise abgewälzt wird, entstehen Jahr für Jahr steigende Millionenbelastungen durch gar nicht eingespeisten Strom. Schwerpunkt-

te der Abregelungen waren Nord- und Ostdeutschland. Mit dem nicht eingespeisten Strom hätten etwa 116 000 Haushalte ein Jahr lang versorgt werden können. Ein Sprecher des Windenergieverbands betonte: „Das zeigt, wie dringend ein zügiger Netzausbau ist.“ Nachdem am Montag die Pläne für den Bau von 2800 Kilometer an neuen

Stromautobahnen von Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) vorgestellt worden waren, zeigen die Abschaltungen an Land auch die zunehmenden Engpässe im deutschen Verteilnetz. Hier sind laut einer noch unveröffentlichten Studie der Deutschen Energie-Agentur Ausgaben von 27,5 bis 42,5 Milliarden Euro für den Ausbau notwendig. Demnach könnten bis 2030 zwischen 159 200 und 214 000 Kilometer an neuen Nieder-, Mittel- und Hochspannungsnetzen nötig sein, um den gerade in ländlichen Gebieten produzierten Wind- oder Solarstrom zu verteilen.

Die Offshore-Haftungsregelung für See-Windparks soll bereits heute oder am morgigen Freitag vom Bundestag beschlossen werden, letzte Woche war wegen Klärungsbedarf noch von Mitte Dezember die Rede. Experten zweifeln, ob die Obergrenze der Bürger-Umlage von 0,25 Cent je Kilowattstunde und damit von knapp zehn Euro pro Haushalt und Jahr noch einzuhalten ist. Bisher war nach einer Intervention von Verbraucherministerin Ilse Aigner (CSU) eine geringere Abwälzung auf die Kunden geplant, dies wurde aber von den Fraktionen nun kassiert.

Um das Netz in Deutschland kurzfristig zu entlasten, beschloss das Kabinett gestern eine Regelung, mit der Unternehmen bei einem Stromverzicht „auf Zuruf“ Geld verdienen können. dpa